

CRASHKURS

ANTI:

DISKRIMINIERUNG

Crashkurs Anti: Diskriminierung in Brandenburg

Teil 2 – Gleiche Chancen in der Bildung?

ZUSAMMENFASSUNG | 24.05.2022

Diskussionsrunde der FES-Brandenburg in Kooperation mit der Opferperspektive e.V.

Diskriminierungserfahrungen gehören für viele Menschen in Brandenburg zum Alltag. Dies bringt für Betroffene oftmals schwerwiegende seelische, berufliche, soziale oder gesundheitliche Belastungen mit sich. Dabei verbieten sowohl die Brandenburger Landesverfassung als auch das Grundgesetz die Benachteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Die Veranstaltungsreihe „Crashkurs – Anti: Diskriminierung in Brandenburg“ des Landesbüros Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Antidiskriminierungsberatung Opferperspektive e.V. geht den verschiedenen Formen und Folgen von Diskriminierung auf den Grund. Während sich die Auftaktveranstaltung am 24. November 2021 mit den Fragen beschäftigte, wie und wo sich Diskriminierung zeigt, wie Betroffene sie erleben und was dagegen getan werden kann, befasste sich die zweite Veranstaltung der Reihe unter dem Titel „Gleiche Chancen in der Bildung?“ mit folgen-

den zentralen Fragen:

Haben in Kitas, Schulen und Hochschulen in Brandenburg wirklich alle die gleichen Chancen? Welche Rolle spielen z.B. Rassismus, mangelnde Inklusion oder Queerfeindlichkeit beim Lernen? Wie wirkt es sich aus, wenn junge Menschen in diesem Umfeld Diskriminierung erleben? Wie können sie sich dagegen wehren? Und vor allem: Was können alle Beteiligten tun, um Lernende vor Diskriminierung zu schützen?

*Diese und weitere Fragen diskutierten **Waltraud Eckert-König** (Schulberaterin RAA), **Maryam Haschemi Yekani** (Beraterin bei KiDs Berlin), **Marlon Schwarze** (Referent für Antibleismus und Barrierefreiheit des AStA, Universität Potsdam) und **Patricia Vester** (Diversity Trainerin und Aktivistin) im Rahmen eines (Web)-Talks am 24. Mai 2022 in Potsdam und online. Moderiert wurde die Veranstaltung von **Joscha Eckler** (Stuhlkreisrevolte – Kollektiv für emanzipatorische Bildungsarbeit und Prozessbegleitung).*

WAS BEDEUTET DISKRIMINIERUNG (IN DER BILDUNG)?

Die Referent*innen auf dem Podium formulieren Diskriminierung als Ungleichbehandlung, Belästigung, Ausgrenzung, Benachteiligung und Abwertung von Menschen und bestimmten Menschengruppen. Menschen können aus verschiedenen Gründen ungleich behandelt werden: Geschlecht, ethnische Herkunft, rassistische und antisemitische Zuschreibungen, Religion und Weltanschauung, Sprache, sozialer Status, Behinderung, sexuelle und geschlechtliche Identität und/oder Lebensalter. Diskriminierung kann direkt oder indirekt, mit oder ohne Absicht geschehen. Neben individueller Diskriminierung (diskriminierendes Sprechen und Handeln von Einzelpersonen) gibt es auch strukturelle Diskriminierung. Sie bezeichnet das Ineinandergreifen diskriminierender Praxen auf individueller, kultureller und institutioneller Ebene.

Diskriminierung erfahren nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche. Gerade in diesen frühen Lebensphasen können und müssen Menschen sich in unterschiedlichen sozialen Rollen und Räumen ausprobieren. Die Jugendzeit ist zudem stark geprägt durch die berufliche Qualifikation (Schule, Ausbildung, Studium). Diese Lebenssituation zeichnet sich einerseits durch die zunehmende Erlangung von Rechten und Pflichten aus. Andererseits befinden sich Jugendliche in der Regel in Abhängigkeiten gegenüber Eltern oder Förderinstitutionen. Insbesondere Kinder und Jugendliche, die in einer oder mehrfacher Hinsicht als „anders“ gelesen werden, sehen sich in ihrem Alltag mit Hürden konfrontiert. Außerdem werden Kinder und Jugendliche nicht immer ihrem Alter

entsprechend respektiert, was die erste Form der Diskriminierung darstellt, ergänzt Vester. Altersdiskriminierung (Ageismus) bezeichnet eine soziale und ökonomische Benachteiligung von Menschen oder Gruppen aufgrund ihres Lebensalters. Adultismus ist eine Form von Ageismus und bezeichnet Vorurteile gegenüber Menschen oder Gruppen aufgrund des geringen Alters sowie Strukturen, die eine Diskriminierung jüngerer Menschen produzieren und aufrechterhalten.

Auch Lehrkräfte in Bildungseinrichtungen könnten zur Herabwürdigung von bestimmten Schüler*innen neigen. „Es geht dabei nicht um die Schüler*innen selbst, sondern ihnen werden Stereotype zugesprochen, nach denen sie behandelt werden“, erklärt Haschemi Yekani. Verletzungen, Enttäuschungen und Ängste, die aus dieser (ungleichen) Behandlung folgen, können den gesamten weiteren Bildungsweg beeinflussen. Zudem verwandelt sich der zugesprochene Stereotyp über einen langen Zeitraum hinweg zu einer „selbsterfüllenden Prophezeiung“, ergänzt Schwarze. Wenn Menschen immer wieder Rollen zugesprochen bekommen, glauben und internalisieren sie diese Rollen. Ein Teufelskreis beginnt, der nur schwer zu durchbrechen sei.

Insgesamt haben Diskriminierungserfahrungen im jungen Alter einen negativen Einfluss auf die Entwicklung von Kindern. Das Selbstwertgefühl und die Identitätsentwicklung werden beschädigt.

WELCHE HILFSANGEBOTE GIBT ES, UM GEGEN DISKRIMINIERUNG IN DER BILDUNG VORZUGEHEN?

Es gibt jedoch mehrere Hilfsangebote, um Kinder und Jugendliche in ihrem Umgang mit Diskriminierungserfahrungen zu unterstützen.

Haschemi Yekani ist Antidiskriminierungsberaterin bei KiDs e.V. Dieser Verein bietet in Berlin und Brandenburg Beratung und Begleitung in Diskriminierungsfällen an, die Kinder im Alter von 0 bis 12 Jahren betreffen. Das kostenfreie Beratungsangebot, welches in verschiedenen Sprachen verfügbar ist, richtet sich sowohl an Kinder als auch an Erwachsene, die die Verantwortung tragen, Kinder vor Diskriminierung zu schützen. Darin eingeschlossen sind Eltern und Sorgeberechtigte, Bezugspersonen, Erzieher*innen, Lehrer*innen und weitere pädagogische

Fachkräfte. Die Eltern von Kindern im Kitaalter kommen auf Haschemi Yekani zu, da Kinder in dem Alter Diskriminierung noch nicht benennen können. Dennoch sind sie Diskriminierung ausgesetzt und ihre Erfahrungen sollten nicht klein geredet werden. Die Überzeugung, dass Diskriminierung nicht sanktioniert wird, trage sich sonst bis ins Erwachsenenalter, warnt Haschemi Yekani. Bisher beschränkt sich die Arbeit von KiDs e.V. auf den Raum Berlin. Unbestritten ist allerdings, dass es ein ähnliches Angebot auch in Brandenburg bräuchte. Dort gibt es mit der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg eine Fachberatungsstelle für Betroffene von rassistischer Diskriminierung, an die sich auch Jugendliche und Familien wenden können.

Waltraud Eckert-König ist Schulberaterin bei den Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg (RAA). Die RAA Brandenburg ist eine landesweit agierende, unabhängige Unterstützungsagentur für Bildung und gesellschaftliche Integration. Sie entwickeln Bildungsangebote für Multiplikator*innen zur demokratischen Integration verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Ziele sind die Sensibilisierung und die Öffnung der Gesellschaft für kulturelle, religiöse und ethnische, herkunftsbezogene Heterogenität. Eckert-König bietet demnach keine Einzelfallberatung an, sondern Beratungsangebote zu bestimmten Themen an Schulen. Schwerpunkt ist dabei die konkrete Schulentwicklung zu Themen wie Vielfalt oder Gewaltprävention, wobei die Zielgruppe Lehrkräfte, Schulleitungen und

Sozialarbeiter*innen umfasst. Kontinuierliche Beratung für Schulen sei besonders wichtig, da Schulen der Spiegel der Gesellschaft seien, so Eckert-König. Der Diskriminierungsdiskurs in der Gesellschaft habe sich verändert und es bestehe mehr Bewusstsein und Sensibilisierung für Betroffene von Diskriminierung. Allerdings sei da noch Spielraum nach oben, erklärt Eckert-König.

Patricia Vester betont die Notwendigkeit dieser vielfältigen Hilfsangebote. Insbesondere Schulen bzw. Lehrkräfte werden oft mit neuen Entwicklungen in der Gesellschaft allein gelassen. Die sogenannte Geflüchtetenkrise von 2015, die Covid-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine sorgen zunehmend für Überlastung und Überforderung bei den Lehrkräften.

KONKRETE VERÄNDERUNGEN UND POLITISCHE MÖGLICHKEITEN

Daraus ergeben sich vielfältige konkrete Forderungen und Wünsche an die Politik und die Gesellschaft, um gegen Diskriminierung vorzugehen.

Patricia Vester weist daraufhin, dass wir alle in dieser Gesellschaft rassistisch sozialisiert werden. Dieser Tatsache müssten wir uns bewusst werden. Daher müsse diskriminierungskritisches Denken vielmehr als Pflicht verstanden werden. Insbesondere Beratungsangebote für Lehrkräfte sollten nicht nur als Freiwilligkeit verstanden werden, sondern Diskriminierungsaufklärung – Diskriminierung erkennen, benennen und dekonstruieren – sollte bereits Teil der Ausbildung sein. „Lehrkräfte müssen sich mit Diskriminierungsformen auseinandersetzen und dieses neue Bewusstsein muss sich in ihrer Sprache und Umgang widerspiegeln“, fordert Vester. Außerdem müsse sich die Diversität der Gesellschaft auch im Kollegium wiederfinden, ergänzt Eckert-König.

Marlon Schwarze weist daraufhin, dass das Schulsystem sehr starr und wenig anpassungsfähig sei. Er stellt fest: „Es gibt eine tiefgreifende strukturelle Ausgrenzung an Schulen und kein Gefühl für Menschen mit Beeinträchtigung“. Eine inklusive Ausbildung hänge sehr vom guten

Willen einzelner Lehrkräfte ab und der Ausdauerfähigkeit der Betroffenen, da sie sich immer wieder erklären und rechtfertigen müssten. „Es braucht viel Energie und Ressourcen, um für Inklusion zu kämpfen“, betont Schwarze. Er fordert ein flexibles Bildungssystem, das alle Menschen in den Blick nimmt.

Die Referent*innen auf dem Podium waren sich darin einig, dass die politischen Institutionen kürzere, schnellere und transparentere Kommunikationswege für Betroffene von Diskriminierung ermöglichen müssen. Zudem fordern sie, dass das „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) mehr Anwendung finden muss. Darüber hinaus spricht sich Haschemi Yekani für eine unabhängige Informations- und Beschwerdestelle sowie regelmäßig stattfindende, große Bildungsveranstaltungen aus, die die Gesellschaft für Diskriminierung sensibilisieren und die Perspektive von Betroffenen von Diskriminierung in den Blick nehmen. Grundsätzlich brauche es eine Kultur des Austausches innerhalb der Gesellschaft, auf allen politischen Ebenen sowie zwischen Politik und Bevölkerung. Vernetzung und gegenseitiges Empowerment seien unabdingbar für die Arbeit und das Engagement gegen Diskriminierung.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Landesbüro Brandenburg
Hermann-Elflein-Str. 30/31 • 14467 Potsdam

AUTORIN:

Jeannette Jung

REDAKTION:

Katrin Wuschansky
Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg

GESTALTUNG & SATZ:

Julia Heilck

COPYRIGHT 2021 Friedrich-Ebert-Stiftung


Potsdam@fes.de

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

**Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.,
Landesbüro Brandenburg**

Hermann-Elflein-Str. 30/31 | 14467 Potsdam
Tel. (0331) 29 25 55

Web. www.fes.de/landesbuero-brandenburg

 /FES.Brandenburg